

Pflichtabgabe sichert Mini-Mieten

Stadt: Auszüge aus Sozialwohnungen ist nicht auf die neue Fehlbelegungsabgabe zurückzuführen

Hunderte Mieter leben in einer Marburger Sozialwohnung, obwohl sie mehr verdienen als für den Bezug öffentlich geförderter Wohnraums erlaubt. Sie müssen extra Geld zahlen – die Stadt nimmt so 800 000 Euro ein.

von Björn Wisker

Marburg. In der Universitätsstadt wurden seit der Einführung der sogenannten Fehlbelegungsabgabe Mitte 2016 etwa 2000 Sozialwohnungs-Haushalte auf ihre regelmäßigen Einnahmen hin überprüft. Bis Sommer dieses Jahres wurde bei rund 300 Mietern festgestellt, dass sie mehr Geld zur Verfügung haben als die Einkommensgrenze für die Sozialwohnungs-Berechtigung vorsieht. Das teilte der Magistrat kürzlich mit.

Für die Betroffenen ist das Leben in einer Sozialwohnung nun teurer geworden – abzüglich des Personalaufwands sind aber 675 000 Euro in der Stadtkasse gelandet, die laut Magistrat wiederum direkt in die Absicherung von Mini-Mieten in öffentlich geförderten Wohnraum investiert wurden.

Insgesamt gibt es in Marburg rund 2500, mehr als ein Drittel



300 Marburger leben in Sozialwohnungen, obwohl sie mehr Geld haben als die Bemessungsgrenze zulässt.

Foto: Thorsten Richter

gehört der Gewobau, vor allem am Oberen Richtsberg. GWH, die zuletzt etwa in der Friedrich-Ebert-Straße oder im Waldtal Dutzende Apartments baute und die Wohnstadt besitzen, je rund ein Viertel der Gesamtmenge an Sozialwohnungen.

Die städtische Gewobau verlangt nach eigenen Angaben bisher im Durchschnitt Kalt-

mieten von fünf Euro pro Quadratmeter – bei Neubauten werden es künftig bis zu 7,50 Euro (OP berichtete). Um dem Trend, dass immer mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen, zu stoppen, wollen Gewobau und Stadt mehr Geld investieren, um bestehende Bindungen zu verlängern, neue Apartments zu bauen und Bestandsimmobilien zuzukaufen – bei gleichzeitigem freiwilligem Erhalt alter Mini-Mieten, unabhängig von einem Ausfallen der Sozialbindungen. Die Mitglieder des Runden Tisches „Preiswerter Wohnraum“ mahnten kürzlich stärkere Neubautätigkeiten aller Wohnungsbaugesellschaften bei gleichsam geringeren Kaltmieten auch bei modernen Apartments an.

Alleinstehende, die ein Jahresnetto-Einkommen von 18 686 Euro haben – was etwa 1500 Euro pro Monat entspricht – müssen die Fehlbelegungsabgabe zahlen. Bei Paaren beginnt die Zahlungspflicht

ab 28 351 Euro. Die Grenzen für einen Sozialwohnungs-Bezug liegen eigentlich bei 15 500 beziehungsweise 23 600 Euro. Verdienstabrechnungen, Bafög-Bescheinigungen, Rentenbescheide und ähnliche Dokumente müssen von Mietern vorgelegt werden. Alle zwei Jahre, bei Rentnern alle vier Jahre werden die Daten neu erhoben beziehungsweise überprüft.

Die Höhe der Fehlbelegungsabgabe wird nach Behördenangaben aus der Differenz zwischen der aktuell gezahlten Kaltmiete und des Miethöchstbetrages der Mietstufe 5 – je nach Haushaltsgröße zwischen 482 und 972 Euro – berechnet.

Furcht vor sozialen Folgen bestätigt sich laut OB nicht

Die Landespolitik sieht die Fehlbelegungsabgabe als eine Möglichkeit, dem Mangel an bezahlbaren Wohnungen entgegenzuwirken. „Dieses Mittel trägt dazu bei, mietpreisgebun-

denen Wohnraum zu schaffen“, sagt auch Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies (SPD). Städtische Prognosen aus der Vergangenheit, wonach die Abgabe sozial schaden könne und auch finanziell zu wenig bringe, hätten sich „nicht bestätigt“. Denn kurz nach ihrer Einführung warnte der OB noch vor einer „sozialen Entmischung der Stadtteile“. „Auch diejenigen, die mit höherem Einkommen in einer Sozialwohnung leben, tragen zur Heterogenität des Stadtteils bei.“

250 Auszüge aus Sozialwohnungen habe es zwischen Juli 2016 und August dieses Jahres zwar gegeben, aber einen direkten Zusammenhang mit der Fehlbelegungsabgabe lasse sich nicht feststellen. „Auszüge werden durch die Abgabe jedenfalls nicht erzwungen“, sagt Spies. Die Zahl der Auszüge bewege sich vielmehr im Rahmen der üblichen Fluktuation, da Mieter aus Arbeits- oder Altersgründen umziehen.



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!
von Manfred Hitzeroth

Es gibt Ampeln, die strapazieren die Geduld der Verkehrsteilnehmer in Marburg bis aufs Äußerste. Das gilt so für die Lichtzeichenanlage an der Ecke Gutenbergstraße/Universitätsstraße. Diese Ampel, für die Fußgänger aus dem Südviertel die letzte Hürde vor dem Gang hinauf in die Oberstadt, weigert sich sehr oft standhaft, für die Fußgänger von Rot auf Grün umzuschalten. So kommt es manchmal zu zwei Rot-Grün-Wechseln nacheinander für den Autoverkehr, während sich große Menschenmassen auf den Bürgersteigen versammeln. Wieso das passiert, ist echt unklar. Ab und an scheint es aber daran zu liegen, dass niemand „Grün“ angefordert hat. Ansonsten könnte man denken, dass Ampeln auch nur Menschen sind.

POLIZEI

Kleidercontainer mit Böllern angesteckt

Marburg. Zwei Altkleidercontainer brannten gestern Morgen gegen 5.20 Uhr in der Temmlerstraße aus. Die Polizei geht von einem vorsätzlichen Handeln aus.

Vermutlich warfen die Unbekannten Böllern in die Container und lösten so den Brand aus. Der Schaden beläuft sich auf etwa 1 000 Euro.

Hinweise bitte an die Polizeistation Marburg, Telefon 06421/4060.

ICE: Für Asta war Ticket-Reichweite zentraler Punkt

Fortsetzung von Seite 1
von Björn Wisker

Marburg. Grundsätzliches Ziel des Asta sei es bei den Verhandlungen zur nun gelungenen ICE-Integration gewesen, das „historisch gewachsene“ Semesterticket der Philipps-Universität und vor allem dessen „großes Geltungsgebiet zu erhalten“, sagt Lukas Ramsaier, Asta-Verkehrsreferent. Wenn das studentische Gremium nicht neu verhandelt hätte, wäre zum Fahrplanwechsel am 9. Dezember täglich nur noch ein IC-Zugpaar pro Tag in Marburg mit dem Semesterticket nutzbar gewesen. Im Neu-Vertrag mit der Deutschen Bahn seien viele positive Dinge für die Studenten durchgesetzt worden – etwa ein flexibleres Kündigungsrecht oder eine Preissenkung bei wegfallenden ICE-Verbindungen. Es sei eine „einmalige Sache in Deutschland, überhaupt einen ICE mit dem Semesterticket nutzen zu können“, sagt Ramsaier – was ab nächstem Jahr zu einer Erhöhung des Fernverkehrszuschlags um 6,50 bis 7,50 Euro pro Semester führt.

Die Nicht-Integration des Abschnitts zwischen Kassel und Göttingen habe die DB Fernverkehr mit Kapazitätsengpässen auf dem Streckenabschnitt begründet. Mit dem IC bleibe aber auch diese Strecke via Semesterticket befahrbar.

Im Vorfeld der Einigung gab es Befürchtungen von Studenten und Stadtverordneten, dass die Umstellung der bestehenden IC auf eine ICE-Strecke eine – vor allem preislich spürbare – Verschlechterung für viele Bahnkunden, speziell die mehr als 25 000 Studenten darstellen könnte (OP berichtete).

DAS IST DIE FEHLBELEGUNGSABGABE

Die Fehlbelegungsabgabe ist eine Abgabe, die Mieter einer Sozialwohnung an eine Stadt oder Gemeinde entrichten muss, wenn seine finanziellen Voraussetzungen sich so weit verbessert haben, dass die mit Steuergeldern geförderte Wohnung ihm eigentlich nicht mehr zusteht.

Grundsätzlich können Mieter mit einem Wohnberechtigungsschein nachweisen, dass sie die Bedingungen zum Be-

zug einer Sozialwohnung erfüllen. Mieter, deren Einkommen sich deutlich verbessert hat, um 20 Prozent höher liegt als die Bemessungsgrenze, muss so nicht aus der Wohnung ausziehen.

In den Jahren 1993 bis 2011 gab es in Hessen bereits eine Fehlbelegungsabgabe – diese wurde dann unter der damaligen Landesregierung von CDU und FDP abgeschafft. Seit Mitte 2016 gibt es die Abgabe wieder.

Hunderte nehmen an Protestzügen teil

Kritik an europaweiter Flüchtlingspolitik · Warnungen vor Folgen des Klimawandels

Die Initiative „Seebrücke Marburg“ bringt wenige Tage vor der Landtagswahl 350 Menschen auf die Straße, um gegen „rechte Hetze und für Menschlichkeit“ einzutreten.

von unseren Redakteuren

Marburg. „Recht auf Landgang statt rechter Landtag“ – so lautete das Motto der Demonstration, die ausgehend von der Initiative „Seebrücke“ gestern Abend durch die Innenstadt gezogen ist und sich gegen „rechte Hetze, welche die politische Agenda bestimmt“, wendet. Im Bestreben, Migration zu unterbinden, sei mit dem Mittelmeer „die tödlichste Grenze der Welt geschaffen“ worden. Die europäischen Staaten – auch Deutschland – würden

eine „menschenverachtende Abschottungspolitik“ betreiben, die seit dem Rechtsruck „eine neue Dimension erreicht“ habe.

■ Rund 300 Teilnehmer zählte eine Demonstration, die bereits am Sonntagnachmittag stattfand. Motto: „Unser Klima, unsere Zukunft!“ Mehrere vor allem linkspolitische Initiativen hatten dazu aufgerufen, fordern einen Kurswechsel speziell in Ver-

kehrs- und Landwirtschaftspolitik. „Wir wollten damit die Demonstrationen am Hambacher Forst unterstützen, denn wir sind überzeugt, dass Druck von der Straße eine Wirkung hat. Die Klimapolitik in Deutschland muss sich ändern“, sagt Timo Metz (Grüne Jugend) mit Verweis auf „zunehmende Wetterextreme, die zeigen, dass der Klimawandel real und bedrohlich ist“. Man wol-

le unabhängig vom laufenden Landtagswahlkampf in Hessen „ein Zeichen setzen und Druck machen“, ergänzt Eva-Marie Schömann, Schatzmeisterin der Grünen Jugend.



Code scannen und die Fotos der Demo für Seenotrettung auf dem Handy ansehen



Wahlers mahnt Erhalt von Außenstelle an

von Michael Arndt

Cappel. Bei seiner Ernennung zum Stadtältesten hat der ehemalige Cappeler Ortsvorsteher Heinz Wahlers (SPD) den Erhalt der Verwaltungsaußenstelle Cappel (Archivfoto: Tobias Hirsch) angemahnt. Dies berichtete die Schriftführerin der Aktiven Bürger Cappel, Reinhild Stein, gestern der OP. Ohne die Verwaltungsaußenstelle sei die wichtige Arbeit des Ortsbeirates nicht zu leisten, sagte Wahlers auf Nachfrage der OP.

Seit geraumer Zeit gibt es immer wieder Pläne, die Außenstelle dicht zu machen – und ebenso häufig wird aus dem einst eigenständigen Cappel Kritik laut.

■ Die drohende Schließung wird auch Thema in der nächsten Ortsbeiratssitzung sein. Das Gremium tagt am Mittwoch, 31. Oktober, ab 20 Uhr in der Verwaltungsaußenstelle Cappel, der ehemaligen Post.



Am Dienstagabend sowie am Sonntagnachmittag gab es Protestzüge durch die Innenstadt mit jeweils mehreren hundert Teilnehmern.

Fotos: Nadine Weigel, privat